

Es lebe die Revolution in Tunesien!

In Tunesien hat eine Revolution begonnen, die geprägt ist vom Kampf der Jugend und Arbeitnehmerschaft - gestützt auf ihre historische Organisation, den Gewerkschaftsbund UGTT - für ihre demokratischen und sozialen Forderungen, für die Souveränität des Volkes, der Nation.

Sie wird mit Aufmerksamkeit von der Arbeiterschaft und Jugend in der ganzen Welt verfolgt.

Es ist eine Arbeiterrevolution, in der sich die Bevölkerung, die Jugendlichen, die Arbeiter in Verteidigungskomitees zur Verteidigung der Revolution gegen die Anhänger des alten Regimes und seine Todesschwadronen organisieren.

Sie organisieren das Alltagsleben in den Städten und Wohnvierteln und nehmen die Versorgung mit Lebensmitteln selbst in die Hand. Sie organisieren sich in den Komitees, weil sie frei und souverän über ihr Schicksal selbst bestimmen wollen.

Die Verteidigungskomitees versammeln sich in den Büros des Gewerkschaftsbundes UGTT auf lokaler und auch auf regionaler Ebene. Es ist eine Arbeiterrevolution, die die Kraft hatte, die UGTT, deren Führung mit der alten Regierung kooperiert hat, in ihre Bewegung rein zu ziehen.

Der erkämpfte Beschluss der UGTT, ihre drei Vertreter aus der Provisorischen Regierung abzuberufen, zeugt von der Tiefe dieser beginnenden Revolution in Tunesien.

Es geht um die Demokratie und die nationale Souveränität.

Das tunesische Volk hat den General/Diktator Ben Ali, der vom US- und vom französischen Imperialismus, von der EU, von allen Großen der Welt unterstützt wurde (*), verjagt. Es will sich seine Zukunft jetzt nicht wieder aus der Hand nehmen lassen. Das Volk will nicht länger das Regime von Ben Ali ohne Ben Ali, d.h. eine Regierung, die an den seinen Institutionen festhält, an seinen Ministern, seinen Gesetzen, seiner Staatspartei und deren Plünderungspolitik.

Es steht unzweifelhaft fest, dass sich der durch und durch korrupte Clan von Ben Ali und einige andere Familien persönlich schamlos bereichert haben. Doch die Gründe für das Elend, den Hunger, die Arbeitslosigkeit, die das tunesische Volk zum Aufstand getrieben haben, liegen nicht allein in dieser Bereicherung.

Unter dem Diktat des IWF, dessen treuer Diener Ben Ali war, und mit dem Assoziationsabkommen, das Tunesien 1995 mit der Europäischen Union abgeschlossen

hat, wurde den Multis der Weg geöffnet für die Privatisierung der nationalen Betriebe, die Ausplünderung des Landes und die Überausbeutung einer ihrer Rechte beraubten Arbeiterschaft. Es ist dieselbe EU, die heute der Regierung der alten Kräfte des Ben Ali-Regimes „ihre Hilfe“ anbietet - während das tunesische Volk dessen Auflösung fordert.

Die Revolution in Tunesien fängt gerade erst an. Sie hat bereits allen Institutionen des internationalen Finanzkapitals, der EU, dem IWF, einen harten Schlag versetzt. Sie setzt die Forderung nach dem Bruch mit diesen Institutionen auf die Tagesordnung des Kampfes des tunesischen Volkes für seine Souveränität.

Die tunesische Revolution setzt ein Signal.

Erinnern wir uns daran, dass das griechische Volk unter den Parolen „Raus mit IWF und EU“ demonstriert hat. Dass es Massendemonstrationen und Streiks in Irland, Portugal, Spanien, in Frankreich... in ganz Europa gegen die brutalen Sparprogramme gegeben hat, die von der EU und dem IWF diktiert werden.

Am 14. Januar, dem Tag des Sturzes von Ben Ali, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel sich „besorgt“ über die Situation in Tunesien gezeigt: Deutschland dränge die Regierung auf eine friedliche Beilegung der blutigen sozialen Unruhen. Aus diesen Worten spricht vor allem die Sorge über eine Gefährdung der „guten Beziehungen“, wie sie zu dem Folter-Regime von Ben Ali geherrscht haben und die dem deutschen Kapital einträgliche Profite gebracht haben.

„Die Beziehungen zwischen Deutschland und Tunesien sind gut und intensiv.“ Die deutsche Industrie hat u.a. von den Lohnveredelungsbetrieben (was nichts anderes heißt als Outsourcing in ein Billiglohnland) profitiert, erfährt man auf der Website des Auswärtige Amtes vom August 2010.

Dieselbe Regierung Merkel, die das Regime Ben Alis im Interesse des deutschen Kapitals begrüßt und unterstützt hat, hat dem deutschen Volk zur Rettung der Banken und Konzerne das drastischste Sparprogramm diktiert, das Deutschland je in Friedenszeiten erlebt hat.

Mit dem Gesetz zur Leiharbeit wagt sie jetzt einen weiteren Vorstoß für die Ausweitung von Lohndumping, der weiteren Zersetzung der Flächentarifverträge und der tarifvertraglich und gesetzlich geschützten Normal-Arbeitsverhältnisse.

Damit begleitet die Regierung Merkel die zum 1. Mai anstehende volle Umsetzung der EU-Richtlinien zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit (Herkunftslandprinzip) und die die Arbeiterrechte aushebelnden Urteile des die EuGH. (s. S. 4)

Die Forderung der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften kann also nur heißen: Wiederverbot der bis 1972 verbotenen Leiharbeit – Integration aller Leiharbeiter in tarifvertraglich und gesetzlich geschützte Normal-Arbeitsverhältnisse und keine Umsetzung der beiden EU-Richtlinien.

In ihrem Offenen Brief an die Verantwortlichen des DGB und seiner Mitglieds-gewerkschaften weisen ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaftsmitglieder aus NRW auf den bundesweiten Aktionstag des DGB gegen „Missbrauch von Leiharbeit“ am 24. Februar hin und schreiben:

„Wir alle haben die Erfahrung gemacht: die „Protestaktionen des heißen Herbstes“ waren darauf beschränkt, protestierend und zu einem geringeren Teil korrigierend die Antireformmaßnahmen der Regierung Merkel zu begleiten. Sie waren in keiner Weise geeignet, sie zu stoppen. (...) Aktionen, die sich in Appellen zur Korrektur und Nachbesserung des Gesetzesentwurfes (zur Leiharbeit) erschöpfen, richten sich, wie schon im Herbst, heute erst recht gegen eine wirkliche Mobilisierung, die Entfaltung der organisierten Kraft der Arbeiterschaft. (...)“

Sie fordern die Entscheidung der DGB-Gewerkschaften „für einen gewerkschaftlich organisierten Kampf/Mobilisierung für unsere Forderungen für das Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit, gegen die beiden Richtlinien der EU und die Urteile des die EuGH.“ (s. a.a.O.)

Das tunesische Volk zeigt einen Weg, der folgende Forderungen auf die Tagesordnung des Kampfes der Arbeiterschaft und Völker der Welt setzt: Raus mit IWF und EU! Verteidigung der Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen für die Vertretung der unabhängigen Interessen der Arbeiterschaft und der Völker.

Carla Boulboullé

(*) Der Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), der „Sozialist“ Strauss-Kahn hat am 18. November 2008 bei einem Besuch in Tunesien erklärt: „Die hier beschlossene Wirtschaftspolitik ist vernünftig und stellt das beste Vorbild für viele Schwellenländer dar.“